

Archiv

des Verbandes der Sozialdemokratischen  
Parteien Deutschlands

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

16. Juli 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/133

Bonn, den 15. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeiler

1 Verschärfung 50

-----  
Amerikas Dilemma in Vietnam -  
Erneuerter amerikanisch-russischer Dialog ?

2 - 3 Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Mittelddeutschland (I) 106

-----  
So manche Chancen wurden verpaßt  
Von Dr. Alex Möller, MdB  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

4 Der Kanzler 46

-----  
Der Schwächste unter Schwachen

5 Der Fortschritt ist für alle da 50

-----  
Wirtschaftliche Reserven werden in Hessen  
zum Nutzen der Gemeinschaft erschlossen.

6 Klarheit tut not 32

-----  
In Pekings Propagandastrieken verfangen

Verschärfung

Amerikas Dilemma in Vietnam -

Erneuerter amerikanisch-russischer Dialog ?

Der Konflikt in und um Südvietnam nimmt an Stärke und Intensität zu. Die Vereinigten Staaten steigern, als Antwort auf verstärkte kommunistische Aktivitäten, ihren Truppeneinsatz; Womöglich Ergebnis des Besuchs des Verteidigungsministers McNamara in Saigon und seiner Lagebeurteilung wird es wohl abhängen, ob nun auch Reservisten eingesetzt werden müssen. Die Amerikaner sind mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Die demoralisierten Truppen Südvietnams scheinen kaum noch nennenswerten Kampfwert zu besitzen. Johnson, auf dessen Schultern die Bürde einer ungeheuren Verantwortung ruht, von deren weisem Gebrauch der Weltfrieden mit abhängt, hat dunkle Tage für die Entwicklung in Vietnam vorausgesagt. Er steht vor folgenschweren Entscheidungen, die ihm niemand abnehmen kann. Gleichet dieser Krieg nicht einer Spirale ohne Ende? Der Vietcong, heute besser ausgerüstet als je, geführt von Offizieren, die Meister des Dschungelkriegs sind, fanatisiert von Haß gegen alles Westliche, beherrscht heute schon drei Viertel des unglücklichen Landes, ersüßelt Steuern ein und verfügt über einen Nachschub an Menschen, Waffen und Munition, der sich fast als unverwundlich erweist. Militärisch ist dieser Krieg von keiner Seite zu gewinnen; er könnte noch viele Jahre lang geführt werden.

Vermittlungsversuchen und Angeboten bleiben bisher der Erfolg verweigert. Der vom Premierminister Wilson in Sondermission nach Hanoi entsandte Labour-Minister Davis kehrte mit leeren Händen zurück, er wurde nur von untergeordneten Organen empfangen. Das mag für alle eine bittere Enttäuschung sein, die glauben, ein "Linker" - und Davis gilt als radikaler Linker - würde das Ohr von Kommunisten leichter finden, wobei sich allerdings die schwerwiegende Frage ergibt, ob Hanoi überhaupt noch in der Lage ist, Entscheidungen und Entschlüsse nach freien, nur von den Interessen des eigenen Landes geleitetem Ermessen zu fällen. Das kommunistische Peking hat sich bisher, von Waffenlieferungen abgesehen, auf verbale Drohungen beschränkt, doch offensichtlich ist es das Ziel Pekings, die Vereinigten Staaten in die Falle eines dritten Weltkrieges zu locken.

Johnson scheint sich in hohem Maße dieser Gefahr bewußt zu sein. Es gibt ja noch einen dritten Partner, der dabei ein gewichtiges, wenn nicht gar das entscheidende Wort zu sagen hat, die Sowjetunion. Ihre Haltung im Konflikt um Vietnam gibt Anlaß zu viel Rätselraten. Gewiß, sie ließ es an Bekundungen der Solidarität mit den Vietcong nicht fehlen. Sie prangerte den "amerikanischen Imperialismus" soeben noch auf dem kommunistischen "Friedenskongreß" in Helsinki an, doch die Führer des Kreml hüteten sich bisher, Stellungen zu beziehen, die sie in direktem und unlösbarem Konflikt mit den Vereinigten Staaten bringen müßten. Ihre überraschende Zustimmung zur Wiederaufnahme der festgefahrener Genfer Abrüstungsverhandlungen kann wohl als ein Indiz dafür gewertet werden, daß sie den Kontakt mit den USA nicht ganz abzureißen gedenken und den Zeitpunkt für gegeben halten, wieder ins Gespräch zu kommen. Sie nehmen dabei die größten chinesischen Vorratsbeschuldigungen in Kauf. Auch die Sowjetunion sieht die Gefahr, durch die Entwicklung in Vietnam in Verstrickungen zu geraten, die ihrer Kontrolle entgleiten. Nur ein erneuerter amerikanisch-russischer Dialog könnte diese tödlichen Risiken für alle auf ein Mindestmaß zurückführen.

## Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Mitteldeutschland (I)

So manche Chancen wurden verpaßt

Von Dr. Alex Köller, MdB

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Vor wenigen Wochen wurde in der Bundesrepublik über deutsche Kapitulation im Jahre 1945 gedacht. Aus vielen Vorträgen und Kommentaren klang neben der Genugtuung über die außerordentliche Wiederaufbauleistung ein deutlicher Ton des Unbehagens über den politischen Status unseres Vaterlandes. Zwanzig Jahre nach Kriegsende besteht noch kein Friedensvertrag für ein wiedervereinigtes Deutschland. Wir sind der Lösung unserer wichtigsten nationalen Aufgabe nicht nur keinen Schritt nähergekommen, vielmehr verzeichnen wir sogar eine Versteifung der Lage. Für unsere Brüder und Schwestern im Osten hieß das zumeist: Härten und vielfältige neue Schwierigkeiten. Es ist aber unsere Pflicht, alle Mittel und Wege zu nutzen, um aus der jetzigen Erstarrung herauszukommen. Vor allem müssen wir bestrebt sein, dem Ulbricht-Regime Erleichterungen für die Zonenbevölkerung für alle durch die Spaltung betroffenen Menschen abzurufen.

In diesem Zusammenhang sollte man nicht die Bedeutung des auf alliierte Bestimmungen zurückgehenden Warenverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands, des sogenannten Interzonenhandels, übersehen. Eine eingehendere Betrachtung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Mitteldeutschland und deren augenblicklich unbefriedigenden Stand scheint mir eine sehr wesentliche Voraussetzung für die Erörterung neuer politischer Möglichkeiten zu sein. Auch kleine Fortschritte in der wirtschaftlichen Annäherung und Koordinierung könnten - angesichts immer wieder vorhandener Auflockerungstendenzen bei gewissen Großmächten - zu positiven Ergebnissen führen.

\* \* \*

Die Anfänge des Interzonenhandels gehen auf das Jahr 1946 zurück, als Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt war. Das erste umfassende Interzonenhandels-Abkommen schloß im März 1947 zwischen der Bi-Zone (britische und US-Zone) und der SBZ ab. Durch die Berliner Blockade erfuhr der Interzonenhandel dann eine abrupte Unterbrechung. Die Verhandlungen um Wiederaufnahme eines ungestörten Warenverkehrs, die bald nach Beendigung der Blockade (Mai 1949) einsetzten, gestalteten sich äußerst schwierig, da am 23. Mai 1949 die "Bundesrepublik Deutschland" konstituiert und im Oktober desselben Jahres in der SBZ die sog. "Deutsche Demokratische Republik" ausgerufen wurde. Wegen des Prinzips der Nichtanerkennung kam ein Verkehr zwischen den obersten Behörden Westdeutschlands und den Stellen der "DDR" nicht in Frage. Zudem entstand eine Schranke durch die 1948 getrennt durchgeführten Währungsreformen. Das von der SBZ festgelegte Verhältnis 1 : 1 zwischen DM-Ost und DM-West konnte von der BRD nicht anerkannt werden. - Zwei völlig konträre Wirtschaftssysteme, die "Soziale Marktwirtschaft" im Westen und die Planwirtschaft nach russischem Vorbild im Osten Deutschlands, ließen sehr bald eine Kluft entstehen, die sich im Laufe der Jahre immer mehr vertiefte. Zur Überbrückung der Differenzen wurde die "Treuhandstelle für den Interzonenhandel" geschaffen, die auch das noch heute gültige Interzonenhandels-Abkommen, das Berliner Abkommen vom 20. Sept. 1951, abschloß. Beide Vertragspartner stellten demgemäß genehmigungspflichtige Warenlisten auf, wobei für besondere wichtige Waren (z.B. Stahl, Maschinen, Mineralöl und Kohlen) zumeist feste Jahreskontingente bestehen. Grundsätzlich gelten das Abkommen und die Warenlisten fortlaufend, sie sind aber 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres zum Jahres-schluß kündbar. Der Abschluß und die Genehmigung von langfristigen Verträgen ist in diesem Rahmen ebenfalls vorgesehen.

Für die Verrechnung beim Warenaustausch hat man sich auf den neutralen Begriff der Verrechnungseinheit (VE) geeinigt, wobei eine VE eine DM-West ist. Schließlich räumten sich die Notenbanken als Überziehungsmöglichkeit einen sogenannten "swing" zur Erleichterung des Verrechnungsverkehrs ein.

\* \* \*

Wie entwickelte sich nun der Interzonenhandel während der vergangenen Jahre, und welche wirtschaftliche Bedeutung ist ihm für die Bundesrepublik und für die SBZ beizumessen? Bei Betrachtung der nachfolgenden Tabelle können wir leider keinen ausgesprochenen Aufwärtstrend in den Wirtschaftsverbindungen zwischen der BRD und der SBZ feststellen.

Entwicklung des Interzonenhandels (in Mio VE)

	<u>Lieferungen der BRD</u>	<u>Lieferungen der SBZ</u>	<u>Gesamtvolumen</u>
1959	1 083	935	1 998
1960	1 030	1 007	2 037
1961	911	917	1 823
1962	902	699	1 201
1963	907	1 029	1 936
1964	1 195	1 112	2 305

Schon die absoluten Zahlen spiegeln erhebliche Schwankungen von Jahr zu Jahr wider; von strukturellen Umgruppierungen, die eine schon vorhandene Desintegration innerhalb Gesamtdeutschlands verstärken, wird noch eingehender zu sprechen sein. Vorweg sei jedoch festgehalten, daß sich der Umfang des Handels zwischen West- und Mitteldeutschland vor dem 2. Weltkrieg zu Steppreisen von 1936 auf ca. 8 Mia RM belief. Heute bedarf es der Aufaddierung des gesamten Interzonenhandels der vier vergangenen Jahre, um auf annähernd denselben Betrag zu kommen. Das Ausmaß einer wirtschaftlichen Entfremdung innerhalb unseres Vaterlandes wird somit deutlich sichtbar.

Innerhalb des Ostblocks ist die SBZ mit 253 Dollar (Einfuhr und Ausfuhr) pro Kopf der Bevölkerung ein Land mit relativ hoher Außenhandelsintensität, d.h. sie ist stärker auf Import und Export angewiesen als z.B. Italien (210 Dollar pro Kopf) im EWG-Raum. Der Interzonenhandel nahm im internationalen Vergleich der Ein- und Ausfuhr der SBZ 1961 den 3., 1962 den 4. und 1963 wieder den 3. Platz ein. Diese Rangfolge hat aber bezüglich der wirtschaftlichen Bedeutung des Interzonenhandels nur geringen Aussagewert. Man muß bedenken, daß sich noch heute - 20 Jahre nach Kriegsende - 75 bis 98 Prozent des Handels der SBZ innerhalb des Ostblocks vollziehen, wohingegen der Interzonenhandel nur 8 bis 10 Prozent ausmacht. Die weitaus stärkste Wirtschaftsverflechtung hat Mitteldeutschland mit der UdSSR. Seine Exporte dorthin beliefen sich 1963 auf 1 276 Mio Dollar. Darauf folgte Polen mit 250 Mio Dollar und dann erst die DDR mit 242 Mio Dollar. Bei der Einfuhr lauteten die Vergleichszahlen: 1 172 Mio Dollar (UdSSR) und 192 Mio Dollar (BRD). Bezüglich der Einfuhr nimmt die CSR mit 216 Mio Dollar die 2. Stelle ein.

Die Handelsbilanz der SBZ wies seit Jahren 1963 zum ersten Mal einen geringen Aktiv-Saldo gegenüber der Sowjetunion auf. Nicht nur politisch ist somit die Abhängigkeit der Zone von der Siegermacht eindeutig, sondern auch wirtschaftlich. Zum Teil ist das auch auf Versäumnisse zurückzuführen, die wir uns selbst anzulasten haben. Man hört in der Bundesrepublik ab und zu, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung des Interzonenhandels für uns gering sei, wenn man von den Braunkohlenbriketts absehe. Hingegen seien unsere Lieferungen von Spezialstahl, nahtlosen Rohren, Maschinen und Ausrüstungen sowie von Zubehörteilen von erheblicher Wichtigkeit für die Zonenwirtschaft. Dieser Argumentation ist zwar nicht jeder Wahrheitsgehalt abzusprechen, doch sollten wir die Dinge nicht so stark vereinfacht sehen.

Der Kanzler

Der Schwächste unter Schwachen

- \* "Daß bedeutende Staatsmänner keinen geeigneten Nachfolger
- \* hinterlassen, ist eine Erkenntnis, die durch die ganze Ge-
- \* schichte geht. Die Gründe dafür, daß sie für keinen Nach-
- \* folger sorgten oder einen solchen wenigstens heranzubilden
- \* versuchten, mögen verschiedener Art sein und sind meist
- \* nicht genau bekannt..."

so - Das schrieben vor kurzer Zeit die CDU-nahen "Berliner Informationsbriefe", die sich durch besondere Kanzlertreue auszeichnen wissen. Die "Briefe" hatten zwar einen Blick zurück in die Geschichte getan, aber die Gegenwart übersehen. Wir möchten es ergänzen: Die Gründe, warum Adenauer "keinen geeigneten Nachfolger" hinterließ, sind allerdings bekannt, denn er hatte ein besseres Auge für seinen Nachfolger als seine Umgebung. Schließlich mußte sich der Alte fügen - es war kein Besserer vorhanden, der das Amt souverän hätte führen können. So blieb Erhard der Primus inter pares der Schwachen.

Wie gering das Ansehen dieses Kanzlers selbst in eigenen Kreisen ist, kann aus der regierungsfreundlichen Prose entnommen werden. Hier einige Beispiele, die für viele sprechen:

"Die Welt" vom 9. Juli schrieb folgendes:

- \* "Leider muß man sagen, daß die Bundesregierung dieser Ent-
- \* wicklung (das Überziehen des Stats) mit fast rührender
- \* Hilflosigkeit gegenüberstand. Die Führungskraft dieser
- \* Regierung litt unter anderem durch die Interessengeger-
- \* sätze einzelner Ressorts... Am Schluß sind sich alle ein-
- \* nig: Diese Art Ausgabenpolitik führt ins Chaos. Es feh-
- \* len mehrjährige Haushaltsüberlegungen der Bundesregierung..."

Die "Rheinische Post" vom 9. Juli mahnt den schwachen Kanzler mit folgenden Worten:

- \* "Die Bundesfinanzen stehen unbestreitbar vor einem Fiasko.
- \* Man kann sie nur dann wieder ordnen, wenn man den Mut zu
- \* unpopulärem Handeln nicht nur beschwört, sondern auch prak-
- \* tiziert... Statt dessen werden von der Bundesregierung
- \* selbst die Grundsätze gröblich mißachtet, deren Einhaltung
- \* sie von allen anderen Partnern dringend forderte... Um es
- \* deutlich zu sagen: Das ist Inflationspolitik..."

Die "Stuttgarter Zeitung" vom 6. Juli weiß zu diesem Thema folgendes zu sagen:

- \* "Schon im vergangenen Jahr zeigte sich deutlich, wie knieweich
- \* ein Kanzler werden kann, wenn ein Bauernpräsident einen Brief
- \* mit wirklich hanebüchernen Floskeln schreibt... Erhard beantwor-
- \* tete den für einen Regierungschef nicht antwortfähigen Brief mit
- \* Formulierungen, die nur als Galanterie klassifiziert werden konn-
- \* ten."

Die Urteile runden sich ganz allgemein zu folgender Formel ab: Erhard ist der Schwächste unter den Schwachen.

## Der Fortschritt ist für alle da

---

Wirtschaftliche Reserven werden in Hessen  
zum Nutzen der Gemeinschaft erschlossen.

sp - Wie jeder Bürger in einem freiheitlichen Staate gleiche Rechte und gleiche Pflichten hat, kann er auch eine gleichmäßige Teilhabe an allen Errungenschaften des Fortschritts beanspruchen. Die Grundrechte des einzelnen sind in der Verfassung verankert. Sein gerechter Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg hingegen kann auf die Dauer nur durch die zielbewusste Wachstumspolitik einer verantwortungsbewußten Regierung gesichert werden.

Nicht in allen Landesteilen und Regionen entwickelt sich die Wirtschaft von sich aus gleichmäßig. In industriellen Ballungsgebieten ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nun einmal größer als in den weniger industrialisierten Gebieten. Dazu zählen die teilweise von der Natur benachteiligten Landesteile ebenso wie viele Gemeinden des flachen Landes und die durch eine willkürliche und widernatürliche Grenzziehung beeinträchtigten Zonenrandgebiete. Diese Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit würden zu einem katastrophalen sozialen Gefälle führen, wenn nicht wie in Hessen die Landesregierung für einen wirksamen inneren Ausgleich sorgte.

Das geschieht einmal durch einen verbildlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und seinen Gemeinden und zum anderen durch eine zielstrebige Strukturpolitik. In dem von Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn vorgelegten Großen Hesseplan werden alle Maßnahmen für einen inneren Ausgleich unter den verschiedenen Regionen des Landes zusammengefaßt. Gleichzeitig werden sie zeitlich und räumlich so aufeinander abgestimmt, daß jeder hessische Bürger in den Genuß der Früchte einer modernen Wachstums- und Entwicklungspolitik kommt.

In Hessen werden auch die bislang von Industrieansiedlungen weniger begünstigten Gebiete nicht negativ als Regionen des geringeren Wohlstandes oder gar des Notstandes gekennzeichnet, sondern durchaus positiv als Räume mit noch unausgeschöpften wirtschaftlichen Reserven beurteilt. Diese wirklichkeitsnahe Betrachtungsweise ist voll und ganz berechtigt, denn gerade in solchen Gebieten kann eine aufstrebende Wirtschaft noch wachstumsbegünstigende Faktoren vorfinden und nützen.

Die vielfältigen Hilfen des Landes tragen durch eine Verbesserung der sogenannten Infrastruktur, zu der die guten Straßen und modernen Schulen eines Gebietes ebenso gehören wie ausreichende Einrichtungen zur Krankenversorgung und zur sportlichen Betätigung, zur Förderung und Beschleunigung dieses Prozesses bei. Auf diese Weise werden wirtschaftliche Reserven zum Nutzen der Gemeinschaft und der gesamten Volkswirtschaft des Landes erschlossen. Der Vorteil hat auch der in diesen Regionen wohnende Bürger, der einmal bessere und näher gelegene Arbeitsplätze bekommt und so ein persönliches Einkommen steigern kann und gleichzeitig auch als Folge der sogenannten Infrastruktur, wie man die öffentlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse seit einiger Zeit zu bezeichnen pflegt, von einer beträchtlichen Hebung des allgemeinen Lebensstandards profitiert. Die kommunale Selbstverwaltung hat bei solcher Fortschrittlichen Wachstumspolitik dann zwangsläufig höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Damit wird eine dem inneren Ausgleich dienende gleichmäßigere Teilhabe aller Schichten und Regionen am wirtschaftlichen Aufstieg in Hessen gesichert. Auch hier hat das "Kisterland" Hessen nachahmenswerte Beispiele gesetzt.

Klarheit tut not  
-----

In Pekings Propagandastrieken verfangen

D. - Das kommunistische Regime in China versucht seit geraumer Zeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, die neutralen Gruppen und Kräfte in Südostasien und im Fernen Osten von innen her zu zersetzen, um sie dann für die aggressiven Ziele Pekings als Fünfte Kolonne einsetzen zu können.

Darüber hinaus wird die neutrale politische Öffentlichkeit in zahlreichen asiatischen Ländern in der letzten Zeit mit einer Welle von Propagandamaterial aus Peking überschwenkt. Hierbei ist vor allem Japan bevorzugter Adressat der kommunistischen Aktionen vom chinesischen Festland. Der Konflikt in Vietnam, die Entwicklung in der Dominikanischen Republik oder die Auseinandersetzung Malaysias mit Indonesien sind Themen, die in ihrem Tatsachengehalt von den Propagandisten Pekings verzerrt die japanischen Neutralisten so beeinflussen sollen, daß sie den Sinn für Richtiges und Falsches verlieren und zu willenslosen Befehlsempfängern des chinesischen Kommunismus werden.

In diesem Zusammenhang muß mit Bedauern und Besorgnis vermerkt werden, daß der chinesische Druck auf die linksgerichtete Sozialistische Partei Japans zugenommen zu haben scheint. Die jüngsten Äußerungen des neugewählten Vorsitzenden dieser Partei über die chinesischen Atombombenversuche und die westlichen Länder machen deutlich, wie sehr diejenigen Kräfte in der Partei an Boden verloren haben, die bislang eine Übernahme der chinesischen Lösungen verhindern konnten.

Diese Entwicklung ist um so tragischer, als damit eine politische Gruppierung ihr unabhängiges Profil verliert, die zu den traditionsreichsten nicht nur in Japan, sondern in Asien überhaupt gehört.

Es ist an der Zeit, daß die politischen Führer der neutralen Kräfte erkennen, daß ein neuer Imperialismus droht: das kommunistische China. Das gilt nicht nur für die Repräsentanten der oben erwähnten japanischen Partei, auch andere Politiker geraten manchmal in die Gefahr, sich in den Propagandastrieken Pekings zu verfangen und die Unabhängigkeit zu verlieren, für die ihre Völker einst gestritten haben.